

»Amerikanisierung« Europas?
Zur Vereinbarkeit von Wirtschaftsliberalismus
und demokratischem Wohlfahrtsstaat

Gilbert Ziebura

»Amerikanisierung« Europas?

Zur Vereinbarkeit von Wirtschaftsliberalismus und demokratischem Wohlfahrtsstaat

Gilbert Ziebura

Reihe Politikwissenschaft / Political Science Series No. 39

November 1996

Prof. Gilbert Ziebura
Im Dorfe 17A
D-38 126 Braunschweig

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna

Die **Reihe Politikwissenschaft** wird von der Abteilung Politologie des Instituts für Höhere Studien (IHS) in Wien herausgegeben. Ziel dieser Publikationsreihe ist, abteilungsinterne Arbeitspapiere einer breiteren fachinternen Öffentlichkeit und Diskussion zugänglich zu machen. Die inhaltliche Verantwortung für die veröffentlichten Beiträge liegt bei den AutorInnen. Gastbeiträge werden als solche gekennzeichnet.

Alle Rechte vorbehalten

Abstract

The paper approaches the question whether a distinctive European answer to the challenges of globalization, neo-liberalism, and social disintegration is both available and feasible. After describing the influence the American model of capital accumulation exerted on Europe's economic, social, and cultural development, the paper argues that, in spite of the hegemonic project the United States pursued after WW II, viable national variants of capitalism developed in Western Europe and Japan.

With the exhaustion of the Fordist model of accumulation in the 70s and 80s a new constellation arises that threatens the social compromise the European welfare state is based upon. The globalization of production and the politics and ideology of neo-liberalism work hand in hand, producing a shift in the balance of social forces, decreasing national capacities of economic regulation, growing inequality, and the marginalisation of a growing number of social groups.

Although there is a convergence of fundamental trends in regard of the modes of accumulation, we are stuck in a highly ambiguous and indeterminate situation. The erosion of national particularities does not lead to total homogeneity, neither inside the triad of USA, Japan and Europe nor inside the European Union. The crises of the traditional welfare state in Europe can only be overcome if a new, independent model of »Social Europe« will be constructed. In doing so Europe faces a dilemma: Only if it manages to overcome neo-liberal policies and develop a common vision of the future it will gain the freedom of action that is needed for such an endeavor and that is lacking at the national level.

Bemerkungen

Der vorliegende Text ist die überarbeitete Fassung eines Vortrages, den der Autor unter dem gleichen Titel am 13. Juni 1996 in Wien im Rahmen der Dialogreihe »Die Zukunft der Demokratie in Europa« gehalten hat. Die gesammelten Beiträge der Dialogreihe werden im Frühjahr 1997 erscheinen in: Eugen Antalovsky/Josef Melchior/Sonja Puntcher-Riekmann (Hg.) (1997). Die Zukunft der Demokratie in der Europäischen Union, Metropolis Verlag, Marburg. Wir danken dem Autor für die Erlaubnis, seinen Beitrag vorabzudrucken.

Inhalt

Fragestellung 1

- I. Was heißt »Amerikanisierung«? 3**
- II. Neoliberalismus, Globalisierung, Hegemonie 6**
- III. Euroliberalismus: Konvergenz und/oder Divergenz? 10**

Fragestellung

Angesichts fortbestehender Wachstumsschwäche, hoher struktureller Arbeitslosigkeit und sich verschärfender Einkommensdisparitäten innerhalb der Europäischen Union spitzt sich die Frage zu, ob die von den angelsächsischen Ländern seit Anfang der 80er Jahre übernommene, auf dem europäischen Kontinent aber national unterschiedlich praktizierte neoliberale Wirtschaftspolitik mit ihrem Vertrauen auf die heilbringende Wirkung der Marktkräfte nicht an Grenzen stößt. Tatsächlich sind die gesellschaftlichen Kosten dieser Politik, wie überall auf der Welt, unübersehbar. Die Proteste gegenüber Sparpolitik und Sozialstaatsabbau gewinnen an Kraft, wie die Streiks in Frankreich im Dezember 1995 eindrucksvoll zeigen. Gerade ihr diffuser, sich in Ablehnung erschöpfender Charakter lehrt, wie weit der gesellschaftliche Zerfall bereits vorangeschritten ist¹. Immer wieder wird die Gefahr einer Gesellschaftsspaltung zwischen Gewinnern und Verlierern einer liberalisierten, sich globalisierenden Ökonomie beschworen, die nicht wieder rückgängig zu machen ist und jenen Sozialvertrag zersetzt, der die Grundlage gesellschaftlicher Stabilität und Demokratie in Europa gewesen ist und die seit langem beklagte Politikverdrossenheit breiter Bevölkerungsschichten erklärt². Mehr noch: In allen Bereichen der Gesellschaft stößt man auf offensichtliches Politikversagen. Der Problemstau nimmt bedrohliche Ausmaße an.

Damit entsteht ein doppeltes Dilemma. Zum einen ist eine Rückkehr zum fordistisch-keynesianisch-korporativistischen Wachstumsmodell, wie es sich während der »Dreißig glorreichen Jahre« (Fourastié) in Europa entwickelt hat, wegen der Veränderungen der weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse, der Revolution der Informationstechnologien, der Entstehung transnationalisierter Finanzmärkte u.a.m. nicht mehr möglich. Außerdem stellt sich die Frage, ob der tradierte Nationalstaat überhaupt noch über die dafür nötigen Gestaltungsmöglichkeiten verfügt. So erscheint der Neoliberalismus als die einzige realistische Politik ohne Alternative. Zum anderen ertönt der Ruf ihrer Protagonisten immer lauter, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten nur durch eine noch nachhaltigere Orientierung am amerikanischen Modell überwunden werden könnten³. Die USA ihrerseits aber, die Demokraten mit Bill Clinton eingeschlossen, verstärken ihren neoliberal-konservativen Kurs noch⁴. Der Unterschied zwischen den beiden großen Parteien schmilzt dahin. Sind die USA unter diesen Umständen als Vorbild für die (Kontinental)Europäer noch hilfreich? Es ist ja nicht zu sehen, wie sie selbst auf

1 Vgl. die aufschlußreichen Untersuchungen von Alain Touraine et al., *Le Grand Refus. Réflexions sur la grève de décembre 1995*, Paris 1996; Jean-Pierre Le Goff (Hrsg.), *Le tournant de Décembre*, Paris 1996; Anonym, *Remarques sur la paralysie de décembre 1995*, Paris 1996.

2 Reiches Material dazu in: Mathias Schmitz (Hrsg.), *Politikversagen? Parteienverschleiß? Bürgerverdruß? Streß in den Demokratien Europas*. Schriftenreihe der Europa-Kolloquien im Alten Reichstag, Band 4, Regensburg 1996.

3 Vgl. z.B. Fred B. Irwin, *Präsident der amerikanischen Handelskammer in Deutschland: Von Amerikanern lernen: flexibler werden*, in: FAZ, 11.6.1996, S. B3.

4 Vgl. über die jüngste Entwicklung Claus Leggewie, *America first? Eine Weltmacht rückt nach rechts*, Frankfurt/M. 1996; ders., *USA: Konservative Revolution oder neue Reform-Ära?* In: *Internationale Politik und Gesellschaft* (Bonn), Nr. 3, 1996, S. 229–236. Leitartikel in: *Le Monde*, 8.10.1996: *Clinton 2, centriste ou démocrate?*

diese Weise mit ihren Problemen fertig werden, trotz stärkeren Wachstums und niedrigerer Arbeitslosenraten. Müssen die Europäer sich nicht am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen? Aber wie soll das geschehen, wenn die USA, zumindest dem Anspruch nach, entschlossen sind, weltpolitisch und weltwirtschaftlich die Richtung vorzugeben?

Mit diesen Fragen berühren wir nur die Oberfläche der Phänomene. Dahinter stoßen wir auf gewaltige theoretische und methodische Probleme, die von der Wirtschafts- wie der Politikwissenschaft (jede für sich, versteht sich!) höchst kontrovers diskutiert werden. Was prägt die gegenwärtige Weltsituation: Der Megatrend zur Vereinheitlichung der kapitalistischen Produktionsweise, der kulturellen Normen und gesellschaftlichen Entwicklungen (Konvergenz) oder der Megatrend zu Fraktionierung, Differenzierung bis hin zu Desintegration und Zerfall (Divergenz)?⁵ Trifft der erstere zu, wie er sich in der Dynamik der Globalisierung zu manifestieren scheint und den Primat des Ökonomischen postuliert, sind wir auf dem Weg zu einer Weltvergesellschaftung, die die nationalen Eigenarten kapitalistischer Reproduktion und politischer Regulierung zwangsläufig aufsaugen und damit die Bedeutung des Nationalstaats wegen des Verlusts an Territorialität relativieren muß⁶.

Trifft dagegen der zweite zu, werden sich unterschiedliche, also national und/oder regional differenzierte Kapitalismen in einem Mischverhältnis aus Konkurrenz und Kooperation gegenüberstehen, die auch spezifische Formen der Regulierung verlangen und auf diese Weise dem Prozeß der Globalisierung Grenzen setzen (Primat des Politischen)⁷. Im Extremfall würde das bedeuten, daß der Nationalstaat sogar imstande ist, die Auswirkungen der Globalisierung auf seine sozialen und ökonomischen Strukturen zu »mediatisieren«. Sein Hauptziel bliebe weiterhin die Homogenisierung *seiner* Gesellschaft⁸. Wichtigste Prämisse dieser Position ist allerdings, das Gewicht der Globalisierung zu minimisieren, ihr also im Entwicklungsprozeß der kapitalistischen Weltwirtschaft keine historisch neue Qualität zuzubilligen⁹.

5 Grundsätzlich dazu Michael Bonder/ Bernd Röttger/ Gilbert Ziebura, Vereinheitlichung und Fraktionierung in der Weltgesellschaft. Kritik des globalen Institutionalismus, in: Prokla 91, 1993, S.327–341.

6 In diese Richtung argumentieren im Wesentlichen die Vertreter der neuen International (Global) Political Economy (Robert W. Cox, Stephan Gill, Barry R.J. Jones u.a.m.). Vgl. zuletzt die Beiträge von Philippe G. Cerny und Susan Strange, in: Colin Crouch/ Wolfgang Streeck (Hrsg.), *Les capitalismes en Europe*, Paris 1996. Weiterhin u.a. Rolf Knieper, *Nationale Souveränität. Versuch über Ende und Anfang einer neuen Weltordnung*, Frankfurt/M. 1991; Jean-Marie Guéhenno, *La fin de la démocratie*, Paris 1993 (dt. 1994).

7 Für diese Interpretation stehen v.a. die Vertreter der französischen Regulationsschule. Vgl. Robert Boyer, *Les capitalismes à la croisée des chemins*, in: *Sciences Humaines* (Auxerre), Hors-série Nr. 14, September-Oktober 1996, S. 44–49; vgl. auch Michel Albert, *Capitalisme contre capitalisme*, Paris 1991 (dt. 1992); Suzanne Berger/ Ronald Dore (Hrsg.), *National Diversity and Global Capitalism*, Cornell (University Press) 1996; Élie Cohen, *La tentation hexagonale. La souveraineté à l'épreuve de la mondialisation*, Paris 1996.

8 So Suzanne Berger, *Le rôle des états dans la globalisation*, in: *Sciences Humaines*, Hors série Nr. 14, September-Oktober 1996, S. 53.

9 Diese Position vertritt besonders nachdrücklich Paul Bairoch, *Globalization: Myths and Realities. One Century of External Trade and Foreign Investment*, in: Robert Boyer, Daniel Drache (Hrsg.), *States against Markets. The Limits of Globalization*, London/New York 1996, S. 173–192. Ähnlich Paul Hirst/ Graham Thompson, *Globalization in Question*, Blackwell 1996.

Bohrt man noch tiefer, stößt man auf die Frage, ob und inwieweit und unter welchen Bedingungen es möglich ist, Teilelemente oder sogar wesentliche Bestandteile einer nationalen Produktionsweise *auf Dauer* auf eine andere zu übertragen (gewissermaßen eine Art Organverpflanzung!), wenn sich, wie es gegenwärtig geschieht, das Weltsystem in einer posthegemonialen Phase befindet, mithin kein Land, die USA eingeschlossen, imstande ist, seine sozialökonomischen Strukturen und machtpolitischen Interessen weitgehend unangefochten zum Maßstab zu erheben und, sogar zum Vorteil der Verbündeten, durchzusetzen.

I. Was heißt »Amerikanisierung«?

Historisch hat es unterschiedliche Formen gegeben. Wie immer wenn eine Ökonomie im Vergleich zu allen anderen einen höheren Entwicklungsstand erreicht hat, also an der Spitze der »Modernität« steht, versuchen die anderen, ihren (tatsächlichen oder vermeintlichen) Rückstand durch Imitation aufzuholen, mit mehr oder weniger Erfolg. Nachdem die britische Ökonomie die erste industrielle Revolution hervorgebracht und dominiert hatte, löste sie die amerikanische am Ende des 19. Jahrhunderts ab. Neben bahnbrechenden Erfindungen war es vor allem die Revolutionierung der Produktionstechniken mit dem Ziel höherer Arbeitsproduktivität, die die Welt nach Amerika blicken ließ. Denn der »Taylorismus«, der nicht zufällig zuerst in der damaligen Zukunftsbranche, der Automobilindustrie, praktiziert wurde, war das Startzeichen für das nun anbrechende Zeitalter der Massenproduktion und des Massenkonsums, eine neue Form kapitalistischer Produktionsweise, die sich in (West)Europa erst nach dem Zweiten Weltkrieg durchsetzte. Aber schon während der zwanziger Jahre gab es, insbesondere in den Gewerkschaften, eine heiße Debatte um Begriff und Realität der Rationalisierung, weil man schon damals den Verlust von Arbeitsplätzen befürchtete.

Nach dem Zweiten Weltkrieg änderten sich, nicht zuletzt als Folge des Kalten Krieges, unter der Ägide der »Pax Americana« die Dinge radikal. Dieser Begriff besagt nichts anderes, als daß, gestützt auf militärisch-strategische Überlegenheit als Garant der Sicherheit für alle sowie auf ein Fülle neuer Institutionen (Bretton Woods-System, GATT, OECD usw.), das amerikanische Wachstumsmodell sich in der westlichen Welt faktisch universalisierte, ökonomisch, sozial und insbesondere im Hinblick auf die Entstehung neuer Formen der Massenkultur¹⁰. Es war vielleicht die perfektteste Hegemonie (im Unterschied zur puren Dominanz der Sowjetunion), die die moderne Geschichte gekannt hat, obgleich die USA bei der Realisierung ihrer Hauptsäule, dem Freihandel, keineswegs immer mit gutem Beispiel vorangingen.

10 Am besten zum Funktionieren und Niedergang der Pax Americana immer noch Giovanni Arrighi, *Une crise d'hégémonie*, in: Samir Amin, ders., André Gunder Frank, Immanuel Wallerstein, *La crise, quelle crise?* Paris 1982 (engl. 1981; dt. 1985). Jetzt ders., *The Three Hegemonies of Historical Capitalism*, in: Stephen Gill (Hrsg.), *Gramsci, Historical Materialism and International Relations*, Cambridge 1993 und die Zusammenfassung: ders., *The Long Twentieth Century. Money, Power, and the Origins of Our Times*, London 1994.

Natürlich stand die Hegemonie auch (und wohl vor allem) im Dienste ganz egoistischer Machtinteressen. Aber, wieder im Gegensatz zum Ostblock, die Schutzbefohlenen profitierten davon. Wie immer: Diese Hegemonie konnte sich nur im Kontext der Situation herausbilden, wie sie am Ende des Zweiten Weltkriegs bestanden hat.

So versteht es sich von selbst, daß die Pax Americana mit dem ökonomischen Aufstieg Westeuropas und Japans, insbesondere aber mit dem Ende des Bretton Woods-Systems (1971/73) und den beiden Wellen der Weltwirtschaftskrise (1974/75 und 1980/82) ihren Niedergang erlebte. Paradoxe Weise hat noch Ende der 60er Jahre der Franzose Jean-Jacques Servan-Schreiber die Europäer vor der »Amerikanischen Herausforderung« in Gestalt der großen Multinationalen Konzerne gewarnt und sie aufgefordert, es den Amerikanern gleich zu tun. Die Rede war von der »technologischen Lücke« und vom »management-gap«. Tatsächlich waren die Amerikaner im Bereich Forschung und Entwicklung, vor allem aber in der Internationalisierung ihres Kapitals über im Ausland getätigte Investitionen den Europäern (und noch mehr den Japanern) weit voraus¹¹. Schon damals tauchten, was inzwischen vergessen wurde, alle Fragen auf, die heute mit noch größerem Nachdruck gestellt werden: die Sorge um die Souveränität des Nationalstaats (»Überfremdung«, wie es damals hieß) ebenso wie die Gefahr einer strukturellen Arbeitslosigkeit als Folge der Auslagerung von Produktionsstätten¹².

Aber schon wenig später wurde stolz »die Revanche« der Europäer proklamiert¹³, während die USA an weltwirtschaftlichem Terrain verloren. In einer erbitterten Debatte, die z.T. bis heute andauert, standen sich Verfechter und Gegner der »decline«-These gegenüber. In Wahrheit entstand nach dem fulminanten Aufstieg Japans mit der Triade ein neues Zentrum der kapitalistischen Weltwirtschaft, in dem sich die Machtverhältnisse zwar von nun an ständig veränderten, die USA aber, zumindest potentiell, eine gewisse strukturelle Überlegenheit, insbesondere im Bereich technologischer Innovationen in Zukunftsbranchen (z.B. Mikroelektronik), behielten. Anfang der 80er Jahre aber schaute alle Welt wie gebannt auf Japan und versuchte, die Ursachen des Aufstiegs zu ergründen. Man stieß auf viele spezifisch japanische Elemente, die sich trotz der amerikanischen Hegemonie durchsetzen konnten. Am meisten faszinierten Neuerungen im Produktionsverfahren, nicht zufällig wiederum besonders ausgeprägt in der Automobilbranche (»Toyotismus«). »Schlanke Produktion« war das Zauberwort. Ihre Übernahme hatte ohne Zweifel erhebliche Auswirkungen auf die europäischen Ökonomien und Gesellschaften¹⁴. Jetzt beschwor man die »japanische Herausforderung«¹⁵.

11 Aus der umfangreichen Literatur vgl. Rainer Hellmann, *Weltunternehmen und amerikanische Investitionen*, Baden-Baden 1970; in den USA die Arbeiten von Raymond Vernon.

12 Vgl. Raymond Vernon, *Sovereignty at Bay*, Basis Books 1971 (fr. 1973); Wolfgang Jungk, *Multinationale Unternehmen und Nationalstaat*, Frankfurt/M. 1978; Otto Kreye (Hrsg.), *Multinationale Konzerne. Entwicklungstendenzen im kapitalistischen System*, München 1974.

13 Robert Heller/Norris Willat, *Die europäische Revanche. Wie die amerikanische Herausforderung zurückgewiesen wurde*, München 1976 (engl. 1975).

14 Vgl. aus der reichhaltigen Literatur u.a.: Benjamin Coriat, *Penser à l'envers*, Paris 1991; Hanns W. Maull (unter Mitwirkung von Volker Fuhr) (Hrsg.), *Japan und Europa: Getrennte Welten?* Frankfurt/M. 1993; Folker Streib/Meinolf Ellers, *Der Taifun. Japan und die Zukunft der deutschen Industrie*, Hamburg 1994; Katrin Haaf,

Einige Jahre später, nachdem sich die amerikanische Ökonomie wieder erholt hatte, war es die »japanisch-amerikanische Herausforderung« in Gestalt eines sich im pazifischen Raum entfaltenden »Hochtechnologie-Duopols«, während Europa abgeschlagen dem Schicksal weltwirtschaftlicher Marginalisierung anheimzufallen schien¹⁶.

Die Schlußfolgerung liegt auf der Hand. Die USA hatten zwar die Grundnormen des Wachstumsmodells der Nachkriegszeit vorgegeben, konnten aber nicht verhindern, daß es sowohl in Westeuropa wie in Japan in spezifisch nationalen Ausprägungen auftrat, die einerseits die Konkurrenz verschärften (nicht selten bis hin zum Wirtschaftskrieg), andererseits aber gerade dadurch die Interdependenz intensivierten und zugleich über neue Formen hierarchisierter internationaler Arbeitsteilung zwischen Zentrum und Peripherie weltwirtschaftliche und weltpolitische Ungleichgewichte vergrößerten¹⁷. So konzentrierte sich das Innovationspotential des Kapitalismus in der Spitze der Triade (»Techno-Globalismus«¹⁸), wo tatsächlich, wie stolz verkündet wurde, eine grenzenlose, verflochtene Wirtschaft (»Interlinking Economy«) entstand, Forschung und Entwicklung eingeschlossen¹⁹. Ein wichtiges Medium war mithin die eklektische Einverleibung von außen kommender Reproduktionsmethoden in nationale Ökonomien, wie sie die Multinationalen Konzerne praktizierten und damit die Grundlagen einer transnationalen Weltökonomie legten.

Aber ohne Zweifel nehmen die USA, trotz unterschiedlicher Vor- und Nachteile heimischer Branchen, die den Wettbewerb anheizen, im Komplex der Triade, nachhaltig gefördert von den jeweiligen Administrationen, eine herausragende Stellung ein, die durch den Übergang zur globalen Informations- und Kommunikationsgesellschaft (»cyber-space«) noch gestärkt wird. Bislang jedenfalls stellt sie das Vehikel zur Universalisierung amerikanischer massenkultureller Erscheinungen dar, gegen die kein Kraut gewachsen scheint, es sei denn durch die radikale Abwehrfront des islamischen Fundamentalismus. Immerhin hat auch Frankreich, wie die Schlußphase der letzten GATT-Verhandlungen zeigte, Widerstand angemeldet. Aber dieser Dialektik von Vereinheitlichung

Strategien japanischer Unternehmen zur Bearbeitung des europäischen Binnenmarktes. Eine Untersuchung aus freihandelstheoretischer Sicht, Hamburg 1994 (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Nr. 234); Christian Sautter, *La France au miroir du Japon. Croissance ou déclin*, Paris 1996; Leo Kißler (Hrsg.), *Toyotismus in Europa. Schlanke Produktion und Gruppenarbeit in der deutschen und französischen Automobilindustrie*, Frankfurt/M. 1996.

15 Vgl. z.B. das Vorwort von Konrad Seitz, damals Chef des Planungsamtes im westdeutschen Außenministerium, in: Kenichi Ohmae, *Macht der Triade*, Wiesbaden 1985.

16 So erneut Konrad Seitz, *Die japanisch-amerikanische Herausforderung. Deutschlands Hochtechnologie-Industrien kämpfen ums Überleben*, Bonn 1990.

17 Vgl. Folker Fröbel, Jürgen Heinrichs, Otto Kreye, *Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer*, Reinbek bei Hamburg 1977.

18 Vgl. Josef Esser, *Technologieentwicklung in der Triade. Folgen für die europäische Technologiegemeinschaft*, in: Werner Süß, Gerhard Becher (Hrsg.), *Politik und Technologieentwicklung in Europa*, Berlin 1994.

19 Vgl. Kenichi Ohmae, *Die neue Logik der Weltwirtschaft. Zukunftsstrategien der internationalen Konzerne*, Hamburg 1992 (als Taschenbuch Frankfurt/M. 1994).

und Differenzierung ist erst beizukommen, wenn es gelingt, die sie vorantreibenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu erkennen. Der Begriffsdreiklang »Neoliberalismus«, »Globalisierung« und »Hegemonie« bietet einen Einstieg, um die Frage nach der Vereinbarkeit von Wirtschaftsliberalismus und demokratischem Wohlfahrtsstaat sowie der Rolle der USA dabei zu beantworten.

II. Neoliberalismus, Globalisierung, Hegemonie

Daß sich die neoliberale, angebotsorientierte, monetaristische Wirtschaftspolitik Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre als neue hegemoniale Strategie der Kapitalverwertung durchsetzen konnte, verdankt sie dem Umstand, daß sich das bis dahin vorherrschende fordistisch-keynesianisch-sozialdemokratisch-wohlfahrtsstaatliche Wachstumsmodell erschöpft hatte. Die erste Welle der Weltwirtschaftskrise 1974/75 hatte die wichtigste Voraussetzung, auf der dieses Modell beruhte, erschüttert: den korporativistisch organisierten Klassenkompromiß, der über die Umverteilung der Einkommen als Ergebnis hoher Wachstumsraten gesellschaftliche Stabilität auf der Grundlage eines beträchtlichen Maßes an sozialer Egalität garantierte. Plötzlich, fast über Nacht, änderte sich die Situation radikal: Wachstumsraten und Produktivitätszuwächse schwächten sich ab (bis hin zum sog. »Minus-Wachstum«), eine vom keynesianischen Standpunkt unvorstellbare Mischung aus Inflation und Stagnation (»Stagflation«) machte sich breit und erste Anzeichen struktureller Arbeitslosigkeit tauchten auf. Als Folge verschärfte sich die Finanzkrise des Staates und schränkte seinen Handlungsspielraum ein. Zugleich verminderte sich die Kapitalrentabilität und das in einem Augenblick, da sich der internationale Wettbewerb durch den Aufstieg Japans und bald auch der vier »kleinen Tiger«, also der Entstehung eines neuen weltwirtschaftlichen Wachstumspols in Südostasien, intensivierte.

Die neoliberale Politik drehte den Spieß um. Als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise, die 1980/82 ihren nächsten Höhepunkt erlebte, begann sie, das Kapital zu Lasten der Arbeit durch eine Fülle von Maßnahmen zu begünstigen. An erster Stelle rangierte dabei die Geldwertstabilität, an zweiter Stelle die »Befreiung der Marktkräfte«. Auf diese Weise entstand, im Vergleich zum bisherigen Wachstumsmodell, ein doppeltes Ungleichgewicht: zwischen Kapital und Arbeit sowie zwischen Staat und Markt. Die neuen Ziele hießen Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und Lohnverhältnisse. Als Legitimation wurde auf die Notwendigkeit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit verwiesen, erst verschämt, dann als regelrechter Kampfruf. Die Protagonisten dieser Politik sahen hier zugleich das beste Mittel zur Bekämpfung der (im übrigen unerbittlich weiter steigenden) Arbeitslosigkeit.

Natürlich muß man differenzieren: Die angelsächsischen Länder gingen resolut voran, während der westeuropäische Kontinent nur zögerlich folgte. Das war kein Zufall. Der »Thatcherismus«

hatte die Funktion einer Brechstange, mit der eine marode Ökonomie wieder auf Trapp gebracht werden sollte. Die großen Verlierer waren die Gewerkschaften, eine Säule der überkommenen Gesellschaft. Damit war der Weg frei, daß Großbritannien zum größten Netto-Kapitalimporteur Europas wurde, was die gesellschaftlichen Machtverhältnisse, nicht zuletzt unter dem Einfluß ausländischer (v.a. japanischer und amerikanischer) Investoren, endgültig zu Gunsten der Unternehmer und Bankiers veränderte²⁰.

Entscheidend aber waren die USA. Obwohl die geistigen Wurzeln des Neoliberalismus in Europa lagen (v.Hayek), bereiteten hier eine große Zahl von »Denkfabriken« spätestens seit den 60er Jahren die Alternative zum keynesianisch-sozialdemokratischen Modell vor, wobei es nicht nur um Ökonomie ging, sondern um ihre Verschmelzung mit einer Renaissance neokonservativer Werte als Grundlage des Wiederaufstiegs der USA zur Weltführungsmacht: moralische, ökonomische, technologische, politische und strategische Elemente der »Wiedergeburt« wurden als unauflösliche Einheit verstanden. Begriffe wie »Gegenrevolution« oder »konservative Revolution« kennzeichneten das Ausmaß der angestrebten Veränderungen²¹. Was auf dem Spiele stand, war klar: der Versuch einer Rekonstruktion der Hegemonie sowohl in der Weltwirtschaft wie in der Weltpolitik²². Als zentrales Projekt, das als Sprungbrett dienen sollte, fungierte die von Reagan 1983 verkündete Strategische Verteidigungsinitiative (SDI).

Nun wird in der politischen und sozioökonomischen Praxis die Suppe proklamierter Ambitionen niemals so heiß gegessen, wie sie gekocht wird. Ironischerweise wurden die gewaltigen Kosten des SDI-Programms mit dem keynesianischen Mittel des »deficit spending« finanziert (»Rüstungsk Keynesianismus«), was dann aber zu einem gigantischen Haushaltsdefizit führte, das sich zu dem nicht weniger geringen Außenhandelsdefizit gesellte. Um die Löcher zu stopfen, lieferten die internationalen Finanzmärkte das nötige Kapital, was diese langfristig überfordern mußte. Die Schuldenlast der USA stieg ungebremst. Von einem Gläubigerland verwandelten sie sich in das größte Schuldnerland der Welt, was mit dem Anspruch auf eine Hegemonieposition unvereinbar war. Folgerichtig wurden diese Ansprüche, insbesondere was SDI betraf, reduziert und zu Beginn der zweiten Reagan-Administration die Konfrontation mit der Sowjetunion abgebaut.

Dennoch scheint es, als habe die »konservative Revolution« ein zumindest für die USA adäquates Wachstumsmodell hervorgebracht. Jedenfalls haben sie (wie auch Japan) die zweite Welle der Weltwirtschaftskrise besser überstanden als die Länder der Europäischen Gemeinschaft. Die Krise wurde als Herausforderung für einen einschneidenden ökonomischen und

20 Aus der umfangreichen Literatur vgl. Andrew Adonis/ Tim Hames (Hrsg.), *A Conservative Revolution? The Thatcher-Reagan Decade in Perspectives*, Oxford 1994; Henk Overbeek, *Global Capitalism and National Decline. The Thatcher Decade in Perspectives*, London/New York 1990.

21 Vgl. Richard Cockett, *Thinking the Unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution*, London 1994.

22 Vgl. im einzelnen die ausgezeichneten Analysen in: Henk Overbeek (Hrsg.), *Restructuring Hegemony in the Global Political Economy. The Rise of Transnational Liberalism in the 1980s*, London 1993.

gesellschaftlichen Strukturwandel begriffen und in diesem Sinne genutzt. Aber alle Beobachter sind sich, wenn auch mit unterschiedlicher Akzentsetzung, über den ambivalenten Charakter dieser Entwicklung im klaren. Auf der einen Seite ist es den USA gelungen, in wichtigen Sektoren moderner Hochtechnologien (z.B. Biotechnologie; Mikroelektronik) Spitzenpositionen einzunehmen. Sogar die Detroitener Automobilindustrie wurde nach einer Verschlankungskur auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig. Ganz allgemein hat sich die Stellung der amerikanischen Multinationalen Konzerne in der Weltwirtschaft ohne Frage verbessert. Dank der großen Flexibilität des Arbeitsmarktes konnten seit Anfang der 80er Jahre viele Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitslosenquote auf mehr als auf die Hälfte der europäischen gesenkt werden (1996 = 5,1%). Um nur einige Aspekte dieser »Erfolgsstory« zu nennen.

Auf der anderen Seite ist ebenso unstrittig, daß dieser Neoliberalismus amerikanischer Observanz mit hohen sozialen Kosten, ja einer regelrechten Gesellschaftsspaltung erkauft wurde. Genau dieser Vorgang wird zum Markenzeichen einer Politik, die den Marktkräften weitgehend freie Hand läßt und dem Interesse der Aktionäre mehr Bedeutung beimißt (»shareholder values«) als einer Ökonomie, die »das Leben aller Bürger verbessert«²³. Der Neoliberalismus privilegiert systematisch das Finanz- gegenüber dem produktiven Kapital. Währungsstabilität ist wichtiger als soziale Transfers. Gesellschaftliche Entwicklung gründet sich auf der fortschreitenden Pauperisierung des Staates und der Verallgemeinerung sozialer Unsicherheit zum Vorteil der am meisten Privilegierten²⁴. Kein Wunder, wenn sich seit Anfang der 80er Jahre die Einkommensdisparitäten kontinuierlich verschärft haben. Zwischen 1973 und 1992 hat das Durchschnittseinkommen der 20% reichsten Familien um 19% zugenommen, während sich dasjenige der 20% ärmsten Familien um 12% vermindert hat²⁵. Trotz einer leichten Erhöhung durch die Clinton-Administration 1996 hat der reale Wert des garantierten Mindestlohns seinen tiefsten Stand seit vierzig Jahren erreicht²⁶. Das jährliche Durchschnittswachstum der Löhne zwischen 1970 und 1994 lag bei 0,5% (Japan 2,5%; BRD 1,7%; Frankreich 1,9%, Italien 2,1%). Eine Folge der niedrigen Löhne ist das Phänomen der »working poors«: 38 Millionen Amerikaner müssen mit einem jährlichen Einkommen von 15.600 Dollar (für eine vierköpfige Familie) auskommen. Auch wenn die Löhne seit 1995 wieder schneller als die Preise gestiegen sind, muß sich der Rückgang der Armut noch vier Jahre in Folge fortsetzen, damit sie sich auf dem Niveau von 1976 stabilisiert! Immer von neuem warnt der Ökonom und Arbeitsminister der Clinton-Administration, Robert Reich, vor einem Niedergang der Mittelklassen als der Hauptstütze der Demokratie. Nach Untersuchungen der Soziologen kennzeichnet sich die amerikanische Bürgergesellschaft, die Alexis de Tocqueville in seinem berühmten Buch »De la Démocratie en Amérique« (1835/40) bewundert hat, durch

23 So die scharfe Kritik von Ethan B. Kapstein, *Workers and the World Economy*, in: *Foreign Affairs*, Mai/Juni 1996.

24 Vgl. *Le Nouveau Modèle américain, Manière de voir* (Paris), Nr.31, August 1996.

25 Interview Robert Boyer in: *Le Monde*, 4.6.1996.

26 Laurent Zecchini, *Le gouvernement américain corrige les inégalités grâce à des crédits d'impôt*, in: *Le Monde*, 15. Oktober 1996.

zunehmende Auflösungserscheinungen²⁷. Der soziale Friede aber »ist nur garantiert, wenn die Demokratie wieder die Grundlage eines neuen Sozialvertrags wird«²⁸. Wie der Neoliberalismus in seiner amerikanischen Version diesen Zusammenhang wiederherstellen kann, bleibt unerfindlich.

Was ihm trotz aller Widersprüche eine große Durchschlagskraft verleiht, ist die Tatsache, daß er gewissermaßen der Zwillingbruder des Globalisierungsprozesses ist, der sich seit Mitte der 80er Jahre ständig verstärkt und die tradierte Form der Internationalisierung des Kapitals²⁹ abgelöst hat. Beide Phänomene verstärken sich gegenseitig. Der Neoliberalismus schafft im nationalen Rahmen gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse, die über die Globalisierung transnationalisiert werden, mithin ihre weltgesellschaftliche Dimension erreichen³⁰. Das eine ist ohne das andere nicht möglich. So wird der Neoliberalismus z.B. in Chile oder Neuseeland nicht viel anders praktiziert als in den USA, nur mit noch gravierenderen sozialen Auswirkungen. Mächtige Institutionen wie Weltbank, Internationaler Währungsfonds und Welthandelsorganisation stützen ihn. So weist er den Staaten den Weg bei der Anpassung an die Erfordernisse der auf den Weltmärkten herrschenden Konkurrenz, indem sie die Standortbedingungen der transnational agierenden Unternehmen optimieren. Der Neoliberalismus stellt die dafür erforderlichen politischen Instrumente mitsamt der unerläßlichen Legitimierung in Gestalt einer vorherrschenden Ideologie zur Verfügung, der auch die sozialdemokratischen Parteien und sogar eine Reihe von Gewerkschaften ihren Tribut zollen.

Insofern verleiht der Globalisierungsprozeß der kapitalistischen Produktionsweise tatsächlich eine neue Qualität und stellt nicht einfach die Verlängerung traditioneller (»natürlicher«) Formen der Weltmarktexpansion des Kapitals dar, wie sie über Handel und Direkt- bzw. Portfolioinvestitionen stattgefunden hat. Sie war durchaus mit dem keynesianischen Wohlfahrtsstaat vereinbar. Dagegen schränkt die gegenwärtige Form der Globalisierung den Handlungsspielraum der nationalstaatlichen Regierungen erheblich ein, gerade dann, wenn es darum geht, negative Auswirkungen dieses Prozesses auf die eigene Gesellschaft abzuwehren. Hier liegt ein Grund für die allgemein feststellbare Krise des Politischen. So verlangt das inzwischen bestehende, mächtige transnationale Finanzsystem, daß Regierungen wie internationale Institutionen eine deflatorische Geld- und Haushaltspolitik praktizieren, selbst dann, wenn ihr Hauptziel, die Beseitigung der Inflation, längst erreicht ist. Die Multinationalen Konzerne (MNK) sind dabei, durch die weltweite Nutzung von Standortvorteilen ganze Wertschöpfungsketten zu transnationalisieren, um zugleich durch den Aufbau von Produktionsstätten auf den Märkten »vor Ort« präsent zu sein. Für alle MNKs gilt, daß der im

27 Vgl. die Arbeiten von Robert D. Putman und Theda Skocpol. Zuletzt Michael J. Sandel, *Democracy's Discontent: America in Search of a Public Philosophy*, Cambridge, Mass. 1996.

28 Ignacio Ramonet, *Chancelante démocratie*, in: *Le Monde diplomatique*, September 1996.

29 Vgl. Christian Deubner/ Udo Rehfeldt/ Frieder Schlupp, Gilbert Ziebura, *Die Internationalisierung des Kapitals. Neue Theorien in der internationalen Diskussion*, Frankfurt/M. 1979.

30 Vgl. grundsätzlich dazu: Bernd Röttger, *Hegemonie, Weltmarktmacht und euro-kapitalistische Regulation. Ein integraler Ansatz der Globalen Politischen Ökonomie*, Diss. TU Braunschweig 1997.

Ausland erwirtschaftete Anteil am Gesamtumsatz von Jahr zu Jahr zunimmt. So mutiert der Weltmarkt immer mehr zu einem originären Ort kapitalistischer Reproduktion, der damit bereits über »Definitionsmacht«³¹ verfügt.

Schließlich ist die Globalisierung, was oft nicht genügend beachtet wird, ein Produkt der dritten technologischen Revolution, die die Innovationen für die Informations- und Kommunikationsgesellschaft der Zukunft zur Verfügung stellt. Vieles befindet sich schon heute im Umbruch: die Rolle der Arbeit³², die Expansion des Dienstleistungssektors, die »Virtualisierung« der Welt durch ihre fortschreitende Vernetzung³³ usw. Es entstehen qualitativ neue transnationale Vergesellschaftungszusammenhänge, die tradierte soziale Beziehungen (»Fordismus«) unterminieren, ohne daß schon klar wäre, wie die nun entstehenden aussehen. Für unser Thema ist entscheidend, daß die Organisation umfassender Klassenkompromisse, wie sie während der »Dreißig glorreichen Jahre« im nationalen Rahmen stattgefunden und die Grundlage des Wohlfahrtsstaates gebildet hat, unter den Bedingungen von Neoliberalismus und Globalisierung nicht mehr möglich ist. Im Gegensatz zur Entwicklung nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 hat sich das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit heute eindeutig zu Gunsten des transnational agierenden Kapitals verschoben. Globalisierung bedeutet Krise der nationalstaatlichen Regulierung und damit die Gefahr gesellschaftlicher Desintegration auf nationaler und damit auch auf regionaler wie globaler Ebene, wo die Regulierungsmöglichkeiten noch schwächer ausgebildet sind. Durch das Globalisierungsprojekt erhält der Angriff auf den Wohlfahrtsstaat eine noch mächtigere Rechtfertigung als durch die neoliberale Ideologie³⁴. Im Mittelpunkt dieses Projekts aber steht, zumindest als Versuch, die Schaffung einer »US-zentrierten transnationalen Hegemonie«³⁵ als externe Absicherung des neuen amerikanischen Wachstumsmodells.

III. Euroliberalismus: Konvergenz und/oder Divergenz?

Trifft diese Analyse zu, müßte der Druck in Richtung auf eine Amerikanisierung Europas zunehmen. Die transnationalisierten ökonomischen und kulturellen Kräfte würden Konvergenz und damit Vereinheitlichung begünstigen zu Lasten von Divergenz und Differenz. Die spezifisch europäischen Formen von Ökonomie und Politik, wie sie noch immer in national

31 So Wolf-Dieter Narr, Alexander Schubert, *Weltökonomie. Die Misere der Politik*, Frankfurt/M. 1994.

32 Besonders radikal dazu Jeremy Rifkin, *The End of Work. The Decline of the Global Labor Force and the Dawn of the Post-Market Era*, New York 1995 (dt. 1996).

33 Vgl. Ulrich Menzel, *Die neue Weltwirtschaft. Entstofflichung und Entgrenzung im Zeitalter der Postmoderne* (1), in: *Peripherie*, Heft 59/60, 1995, S. 30–44.

34 Vgl. zu dieser Argumentation ausführlich und grundsätzlich die Arbeit von Bernd Röttger (Anm. 30). Vgl. auch Ramesh Mishra, *The Welfare of Nations*, in: Boyer/Drache (Hrsg.) (Anm. 9), S. 316–333.

35 Vgl. Stephen Gill, *Neo-Liberalism and the shift towards a US-centered transnational hegemony*, in: Henk Overbeek (Hrsg.) (Anm. 22), S. 246–282.

unterschiedlichen Ausprägungen vorherrschen, würden sukzessive verschwinden. Tatsächlich hat der europäische Einigungsprozeß unübersehbar neoliberale Anleihen aufgenommen. Um die »Eurosklерose« Anfang der 80er Jahre zu überwinden und die Wettbewerbsposition innerhalb der Triade zu verbessern, öffnete die Einheitliche Europäische Akte (1985/86) den Weg zur Vollendung des Gemeinsamen Marktes, die nur Sinn machte, wenn die internen Austauschbeziehungen (Kapital, Arbeit, Dienstleistungen) so weit wie möglich liberalisiert wurden. Nach außen aber hielt sich diese Liberalisierung in Grenzen, wie die Verteidigung spezifisch europäischer Interessen während der GATT-Verhandlungsrunden, aber auch Formen regelrechter Abschließung im Bereich Asyl und Zuwanderung wie auch Importbeschränkungen aus Drittländern (Japan, Osteuropa) zeigten (»Festung Europa«). Bei all dem ging es aber nicht um die offensive Entwicklung eines spezifisch europäischen Wachstumsmodells in Abgrenzung etwa zu den USA. Vielmehr handelte es sich eher um defensive Maßnahmen, um die durch den nationalen Wohlfahrtsstaat geschaffenen Besitzstände zu verteidigen.

Parallel dazu drang die angebotsorientierte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in dieser oder jener Form und unabhängig von der ideologischen Couleur der regierenden Parteien in alle Mitgliedsländer der EG ein. Das Scheitern des letzten Versuchs einer keynesianisch inspirierten Antikrisenpolitik unter François Mitterrand 1983/84 wirkte wie ein Menetekel. Überall rückte, nicht zuletzt unter dem Druck der deutschen Bundesbank, die Geldwertstabilität an die Spitze makroökonomischer Prioritäten, obwohl die Arbeitslosigkeit unaufhaltsam anstieg. Indem der Vertrag von Maastricht restriktive geld- und haushaltspolitische »Konvergenzkriterien« formulierte, die ein Land als Vorbedingung für den Eintritt in die geplante Währungsunion erfüllen muß, privilegierte er die monetaristischen Elemente im Neoliberalismus und zwang alle Regierungen zu einer rigorosen Austeritätspolitik, die, wie inzwischen überall zugegeben wird, die konjunkturelle Erholung Europas belastet und sogar durch den permanenten Eingriff in soziale Sicherungssysteme bereits die Kohärenz der nationalen Gesellschaften zu erschüttern beginnt. Die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern eines Euroliberalismus, der sich als integraler Bestandteil des Globalisierungsprozesses begreift, vertieft sich und treibt den nationalistisch-reaktionären Populisten die Klientel in die Arme. Paradoxiерweise destabilisiert damit der Wirtschaftsliberalismus die tradierte liberale Demokratie in Europa, indem es ihm nicht gelingt, Wettbewerbswirtschaft und Wohlfahrtsstaat in Übereinstimmung zu bringen. Schließen sich beide immer mehr gegenseitig aus? Fördert der Neoliberalismus die unerläßliche Osterweiterung der Europäischen Union? Oder tendiert er dazu, das Wohlstandsgefälle weiter zu verschärfen und damit den Übergang der mittel- und osteuropäischen Länder zu Demokratie und Marktwirtschaft zu erschweren?

Alle diese Fragen stehen auf der Tagesordnung, ob man es will oder nicht. Aber die Situation ist hochgradig widersprüchlich. Auf der einen Seite gibt es innerhalb der (erweiterten) Triade

Konvergenz, was die fundamentalen Tendenzen betrifft³⁶. Dazu gehören in erster Linie die internationalen Finanzmärkte. So stellt der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Börse AG, Werner Seifert, fest, daß der Rückstand des Finanzplatzes Deutschland auf die USA zehn Jahre beträgt. Für ihn ist die Globalisierung dieser Märkte identisch mit ihrer Amerikanisierung (FAZ, 11.12.).

1996). Kann die künftige europäische Währungsunion ein Gegengewicht bilden? In der gegenwärtigen Diskussion um die Reform des deutschen Hochschulrahmengesetzes gewinnt die Tendenz an Boden, sich am angelsächsischen Modell mit einer klar gegliederten Abfolge von Studienphasen (Bachelor, Master, PhD.) zu orientieren. Besonders aufschlußreich ist die Begründung in einem Rohentwurf: »Es erscheint unumgänglich, daß sich deutsche Hochschulen im Angebot und in der Anerkennung von Studiengängen ... und Abschlüssen stärker am Weltmarkt orientieren und dem sich dort vorherrschenden System öffnen und annähern«, ohne daß dadurch die deutsche Tradition einer Erziehung zum selbständigen Denken aufgegeben würde³⁷. An diesem Beispiel wird die Ambivalenz, von der oben die Rede war, besonders deutlich. Und der Versuch der Arbeitgeber, ihre Stellung gegenüber den Gewerkschaften über die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Lohnstrukturen (nach amerikanischem Vorbild) zu stärken, geht ungebrochen weiter. Grundelemente des überkommenen Sozialkompromisses stehen zur Disposition: Flächentarife bis hin zur Tarifautonomie. Die Drohung, bei zu hohen sozialen Belastungen (Lohnnebenkosten) Produktionsstätten auszulagern, grenzt zwar an Erpressung, ist aber schon zu oft verwirklicht worden, um nicht Ernst genommen zu werden. Mit der euphemistisch als »Umbau des Sozialstaats« bezeichneten Politik sind unweigerlich wachsende Ungleichheiten verbunden. Wieviel Ungleichheit aber verträgt die Demokratie europäischen Zuschnitts?

Dennoch führt diese Tendenz zur Konvergenz nicht zur Homogenisierung der Gesellschaften, nicht einmal in der Europäischen Union³⁸, geschweige denn innerhalb der Triade. Welchen kapitalistischen Weg China wählt, steht in den Sternen. Noch muß jede Gesellschaft die Lösung ihrer Probleme zuerst aus sich selbst und für sich selbst finden. Darin liegt die Existenzberechtigung des tradierten Nationalstaates. Eine einfache Kopie der angelsächsischen und insbesondere amerikanischen Version des Kapitalismus wäre, im Gegensatz zur Zeit nach

³⁶ Vgl. Henri Mendras, Theodore Caplow, Un destin commun? In: Sciences Humaines, Hors série Nr. 14, September/Oktober 1996, S. 10–15. Beide Autoren leiten seit 1987 ein internationales, interdisziplinäres Forschungsprogramm über die Entwicklung industrieller Gesellschaften mit dem Ziel, Veränderungen (Konvergenz oder Divergenz?) systematisch zu vergleichen. Aus dem Projekt sind mehrere Veröffentlichungen hervorgegangen, z.B. Michel Forsé/ Simon Langlois (Hrsg.), Tendances comparées des sociétés postindustrielles, Paris 1995.

³⁷ Kurt Reumann, Die Universitäten sollen amerikanisiert werden, in: FAZ, 6.9.1996.

³⁸ Vgl. Gilbert Ziebura, Europäische Union und Gesellschaft, in: Oliver Thränert (Hrsg.), Europäische Union und Europa. Friedrich-Ebert-Stiftung, Studien zur Außenpolitik Nr. 63, Bonn 1994, S. 20–33. So ist es Frankreich trotz gewaltiger Anstrengungen bis heute nicht gelungen, das bewunderte »Modell Deutschland« zu kopieren. Vgl. dazu eindrucksvoll Andrea Boltho, Has France converged on Germany? Policies and Institutions since 1958, in: Suzanne Berger, Ronald Dore (Hrsg.), National Diversity and Global Capitalism (Anm. 7).

dem Zweiten Weltkrieg, heute nur möglich, wenn es so etwas wie eine »US-zentrierte transnationale Hegemonie« bereits gäbe. Davon sind die USA weit entfernt. Schon der starke (und sich verstärkende?) Trend zur Regionalisierung der Weltwirtschaft wirkt dem entgegen. Selbst die USA sind nicht sicher, ob eine »Japanisierung« der einzige Weg zum Heil ist, wenn man in Rechnung stellt, daß auch Japan seit Anfang der 90er Jahre in einer Krise steckt, ökonomisch, sozial, politisch. Bezeichnenderweise aber geht die leichte konjunkturelle Erholung im ersten Halbjahr 1996, im Gegensatz zur Entwicklung in den USA und in der EU, auf eine kräftige Steigerung der Staatsausgaben zurück.

Aus der unbestreitbaren Erosion nationaler Partikularismen darf man nicht auf eine komplette und definitive Konvergenz hin zu einem einzigen Modell kapitalistischer Reproduktion schließen, auch wenn das angelsächsische Modell heute dadurch begünstigt zu sein scheint, daß es auf weltwirtschaftliche Veränderungen und Konjunkturschwankungen flexibler reagiert, weil es sich über legitime soziale Belange leichter hinwegsetzt und stärker auf die unmittelbare Kapitalrentabilität fixiert ist als das kontinentaleuropäische. Wie Robert Boyer glaubt, ist die Zukunft eher durch den Wettbewerb und wahrscheinlich durch die Koexistenz dauerhaft unterschiedlicher Kapitalismen gekennzeichnet³⁹. Das bedeutet aber, daß sich Europa bemühen muß, wie es Jacques Chirac seit einiger Zeit zu Recht fordert, aus der Krise des überkommenen Wohlfahrtsstaates ein neues, eigenständiges Sozialmodell zu entwickeln. Auf diese Weise könnte Europa an der Schaffung einer multipolaren Weltordnung als dem Gegenbild zur »US-zentrierten transnationalen Hegemonie« mitwirken. Nur unter dieser Voraussetzung gibt es die Freiräume, die selbstbestimmtes, demokratisches Handeln überhaupt möglich machen. Allerdings ist die Verfolgung dieses Ziels unvereinbar mit der Fortsetzung einer neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die sich der von der Globalisierung vorgegebenen Logik unterwirft. Hier liegt das grundlegende Dilemma, in das sich alle europäischen Länder mangels einer gemeinsamen Zukunftsvision immer tiefer verstricken.

³⁹ Robert Boyer (Anm. 7, 25).